

Michael Kaeding
Niko Switek *Hrsg.*

Die Europawahl 2014

Spitzenkandidaten, Protestparteien,
Nichtwähler

 Springer VS

Die Europawahl 2014

Michael Kaeding • Niko Switek (Hrsg.)

Die Europawahl 2014

Spitzenkandidaten, Protestparteien,
Nichtwähler

Herausgeber
Michael Kaeding
Niko Switek M.A.

Universität Duisburg-Essen
Duisburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-05737-4 ISBN 978-3-658-05738-1 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-05738-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Dr. Jan Treibel, Monika Mülhausen M.A.

Redaktion: Felix Schenuit (Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik, Universität Duisburg-Essen) Jan Dinter (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen)

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Inhalt

Das neue, demokratische Europa. 11
Martin Schulz

I Einleitung

Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien und Nichtwähler 17
Michael Kaeding und Niko Switek

II Wahlkampf und Wahlkampagnen

Die Europawahl 2014 als *second-order election* – Ein Blick in alle
28 EU-Staaten 33
Hendrik Träger

Die Europawahl 2014 in Kroatien. *Second-order* auch beim zweiten Mal? 45
Oliver Schwarz

Die Nutzung des Wahl-O-Mat bei der Europawahl 2014.
Eine empirische Analyse 57
Stefan Marschall, Jonas Israel, Melissa Schiefer und Martin Schultze

Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 –
Zwischen Unkenntnis, Desinteresse und Nutzenorientierung 69
Susanne Pickel und Theresia Smolka

Ungleiche Erfolgsbedingungen, verzerrte Repräsentation – Wie die unterschiedlichen Wahlsysteme der Mitgliedstaaten die parlamentarische Repräsentation EU-kritischer Stimmen beeinflussen	79
<i>Johannes Raabe</i>	
Die Europawahl 2014 in Südeuropa. Rechtsextreme als Gewinner der Krise?	89
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Das Abschneiden ethno-regionaler Parteien bei der Europawahl 2014. Ergebnis der Europäischen Integration oder determiniert durch nationale Einflüsse?	103
<i>Rolf Winkelmann und Holger Onken</i>	
 III Europäische Parteienfamilien und nationale Parteiensysteme	
Viel Arbeit für Nichts? Die Programmprozesse der Parteien auf europäischer Ebene	115
<i>Niko Switek</i>	
Zur Europäisierung der Europa-Wahlkämpfe nationaler Parteien	125
<i>Torsten Oppeland</i>	
Alles neu macht der Mai? Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Europawahl 2014	137
<i>Aiko Wagner, Marcel Lewandowsky und Heiko Giebler</i>	
Die Vermessung des Euroskeptizismus der Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2014.	149
<i>Morten Pieper, Stefan Haußner und Michael Kaeding</i>	
Die Europawahl 2014 in Großbritannien – gegen Brüssel und gegen das Establishment.	161
<i>Oliver Treib</i>	
Die Europawahl 2014 in Frankreich – Wahlen im Zeichen einer Gesellschaft in der Krise?	173
<i>Daniela Kallinich</i>	

Die Europawahl 2014 in Griechenland – Nur Protest in einem
kleinen Land?185
Ingeborg Tömmel

Die Europawahl 2014 in Österreich – Personalisierung als Strategie
in einem ausdifferenzierten Parteiensystem?.....197
Matthias Belafi

IV Wahlkampf und Wahlkampagnen

Europäische Spitzenkandidaten und deren (Un-)Sichtbarkeit in der
nationalen Zeitungsberichterstattung.211
Katjana Gattermann

Die Rolle europäischer Spitzenkandidaten im institutionellen Wettstreit.
Die Europawahl 2014 als Weichenstellung für die Politisierung der EU. 223
Eva Heidbreder und Jelena Auracher

Alles Neu! Das Experiment TV-Debatte im Europawahlkampf 2014233
Jan Dinter und Kristina Weissenbach

Campaigning on Twitter: how Members of the European Parliament
used new social media in the run-up to the 2014 European elections. 247
Lukas Obholzer

Wahlkampf motivation statt Bürgerdialog? Die Europawahl 2014
im Social Web257
Andreas Köhler

Streit um die Kompetenzen der EU – Politisiertes Wahlkampfthema
in Zeiten des Euroskeptizismus?271
Lisa H. Anders, Konstantin Stern und Thomas Tuntschew

The Duisburg Manifesto Approach (DMA) and the European
elections 2014. Policy-positions in German party manifestos 285
Manuel Gath und Matthias Bianchi

Bankenkrise, Staatsschuldenkrise, Vertrauenskrise – zum Framing von Krisenphänomenen in den Europa-Wahlprogrammen deutscher Parteien 297
Melanie Diermann, Julia Staub und Carolin Müller

Kandidatenauswahl, Listenaufstellung und Konkurrenz der politischen Ebenen in der SPD zur Europawahl 2014311
Jens Geier

V Regieren im politischen System der EU

Zäsur oder ‚Business-as-Usual‘? Die Verteilung der Abstimmungsmacht im neu gewählten Europäischen Parlament.323
Steffen Hurka

Explaining Reelection in the European elections 2014: Expertise, Influence, and Intergroups335
Jack van Thomme, Nils Ringe, Jennifer Nicoll Victor

Still running the show? Deutsche Koordinatoren im neu gewählten Europäischen Parlament 345
Stefan Thierse

Die politische Repräsentation von Frauen im neu gewählten Europäischen Parlament: Die Rolle institutioneller und kontextueller Faktoren.357
Aron Buzogány

VI Blick von Außen auf die Wahl

Die Wahrnehmung der Europawahl 2014 in der Türkei – Desinteresse und Abkehr von der EU?.....371
Kaan Şahin

Die Wahrnehmung der Europawahl 2014 in der Ukraine – Zwischen europapolitischer Bildung und Euroskeptizismus383
Anna Tomashek

European elections 2014 and the USA – Is American indifference justified?	395
<i>Christian B. Jensen</i>	
Elemente der transstaatlichen Demokratie	405
<i>Klaus Hänsch</i>	
Autorinnen und Autoren.	413

Das neue, demokratische Europa

Martin Schulz

Als Christoph Kolumbus im August 1492 von der spanischen Küste aus aufbrach, um einen neuen Seeweg nach Indien zu suchen, scheiterte er mit seinem geplanten Unterfangen auf ganzer Linie. Aber er entdeckte dabei eine neue Welt. Heute denke ich oft, dass auch die europäische Einigung ein solcher Aufbruch ist, von dem wir nicht genau wissen, wo wir am Ende landen werden, der uns aber in eine neue und vielleicht bessere Welt führen kann.

Sicher ist: Mit der Europawahl 2014 haben wir die alten, etablierten Pfade verlassen und neues Gelände erkundet. Wir mussten diesen Weg beschreiten, weil die altbekannten Pfade ausgetreten waren, ja uns im Kreis führten, uns nicht mehr voranbrachten. Europa wird seit einigen Jahren von immer mehr Menschen mit großer Skepsis betrachtet, es gibt Abspaltbewegungen auf dem ganzen Kontinent, europaskeptische und radikale Parteien feiern einen Wahlsieg nach dem anderen und schon mancher denkt laut über das Ende der Europäischen Union nach. Die Anzeichen sind nicht zu übersehen: Seit der Einführung der direkten Europawahlen im Jahr 1979 ist die Wahlbeteiligung stetig gesunken und auch die Medien berichteten früher über anstehende Europawahlen mit skeptischem Desinteresse, teilweise mit höhnischer Verachtung. Selbst vielen Regierungen der Mitgliedstaaten gefällt die von ihnen erfundene Arbeitsteilung immer besser, dass alles Gute aus den nationalen Hauptstädten, alles Schlechte hingegen aus dem Moloch Brüssel zu kommen scheint.

Angesichts dieser Situation war Handeln notwendig. Im Europaparlament haben wir uns gefragt, wie wir mehr Beteiligung und mehr Transparenz herstellen könnten. Der Gedanke, dass der nächste Kommissionspräsident zunächst als europäischer Spitzenkandidat einen Wahlkampf bestreiten und dann durch eine parlamentarische Mehrheit gewählt werden muss, hat mich sofort überzeugt. Denn mit dem Kommissionspräsidenten verbinden die meisten Menschen die EU am stärksten. Er ist es, der exekutives Handeln repräsentiert und der das Gesicht

Europas ist. Insofern war das Aufstellen von europäischen Spitzenkandidaten ein notwendiger Ausfallschritt, nicht nur ein Akt der Notwehr gegen die ausufernde Europa-Verdrossenheit, sondern gleichsam der konstruktive Versuch, die Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon voll auszuschöpfen und eine neue, transparentere und damit demokratischere Verfassungswirklichkeit zu etablieren.

Ich bin überzeugt davon, dass sich das neue Verfahren bewährt hat. Der Europawahlkampf 2014 hat einerseits eine neue Verfassungspraxis begründet und andererseits neue Standards etabliert. Ohne die Ergebnisse des vorliegenden Bandes vorwegnehmen zu wollen, will ich nur die aus meiner Sicht wichtigsten zehn Erkenntnisse aus dem Europawahljahr 2014 skizzieren:

Zunächst das Wichtigste: Der amtierende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker war als Spitzenkandidat der EVP angetreten, hat schließlich nach einem europaweiten Wahlkampf eine Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament hinter sich gebracht und ist so zum Kommissionspräsidenten gewählt worden. Damit ist belegt, dass zwischen der Stimmabgabe der Bürgerinnen und Bürger und der Wahl des Kommissionspräsidenten ein kausaler Zusammenhang besteht. Das ist mir deshalb besonders wichtig, weil während des Wahlkampfes 2014 bis zuletzt von einigen Großen und Mächtigen versucht worden ist, diesen Zusammenhang zu negieren. Ich bin heilfroh, dass sich diese Ansicht nicht durchsetzen können, denn das wäre der finale Todesstoß für die europäische Demokratie gewesen.

Zweitens ist der Kommissionspräsident zum ersten Mal überhaupt durch eine historische Abstimmung (26 zu 2 Stimmen) im Europäischen Rat vorgeschlagen worden und hat damit eine unbestreitbare, vormals nicht dagewesene Legitimation erlangt.

Drittens hat das System der Spitzenkandidaten zu einer Stärkung der politischen Parteien auf europäischer Ebene geführt. Nicht nur haben diese die Kandidaten im Rahmen von Vorwahlen formell ausgewählt; sie haben das Spitzenkandidatensystem auch gegen teilweise erbitterten Widerstand solidarisch bis zum Ende verteidigt.

Viertens führte dieses System auch zu mehr Verantwortlichkeit des designierten Kommissionspräsidenten, der vor der europäischen Öffentlichkeit sein persönliches Programm vorstellen und verteidigen musste. Die Zeiten der von den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgestellten Blankoschecks, der geheimen Verhandlungen und hinter verschlossenen Türen erzielten Abmachungen sind vorbei.

Fünftens bedeutet die Wahl eine weitere Parlamentarisierung der EU. Denn nicht nur hat sich das EP durch seine frühzeitige Festlegung, nur den Wahlsieger zum nächsten Kommissionspräsidenten zu wählen, gegen den Europäischen Rat durchgesetzt; gleichzeitig haben sich damit im EP aus mehreren Fraktionen bestehende regierungs- und oppositionsähnliche Lager gebildet. Also ist nicht nur das EP im

Institutionengefüge der EU aufgewertet worden, sondern auch die Fraktionen und die einzelnen Abgeordneten haben mehr Verantwortung bekommen.

Sechstens werden sich EP und Kommission unweigerlich weiter annähern. Dies gilt vor allem in Bezug auf die gesetzgeberischen Prioritäten der Union.

Siebtens hat die den Kommissionspräsidenten stützende neue Koalition im EP ihre erste Bewährungsprobe unmittelbar bei der Aufstellung und Wahl der neuen Kommission bestanden: Nur durch dieses neue Bündnis konnten die Regierungschefs dazu bewegt werden, mehr Frauen in die amtierende Kommission zu entsenden, als sie ursprünglich vorgesehen hatten. Ich möchte allerdings unterstreichen, dass trotz dieser Bemühungen die erreichte Anzahl von weiblichen Kommissionsmitgliedern völlig unzureichend ist. Hier besteht eindeutig Verbesserungsbedarf.

Achtens ist die Wahlbeteiligung – entgegen allen Trends – im Jahr 2014 im Vergleich zu vergangenen Europawahlen europaweit weitgehend konstant geblieben und stellenweise sogar gestiegen. Beispielsweise ist der in Deutschland seit 1979 anhaltende Trend der sinkenden Wahlbeteiligung durch einen Anstieg um 5 Prozent unterbrochen worden.

Neuntens ist im Rahmen dieser Wahl Artikel 17 Absatz 7 EUV zum ersten Mal konkret zur Anwendung gekommen. Von mehreren möglichen Auslegungen hat sich diejenige durchgesetzt, die nunmehr als Präzedenzfall für die Wahlen 2019 gelten und verteidigt werden muss.

Zehntens haben wir in vielen Ländern eine deutlich interessiertere, kontroversere und konstantere Medienberichterstattung gehabt als bei allen Europawahlen zuvor. Viele europäische Medien haben Duelle und Debatten zwischen den Kandidaten in TV, Hörfunk und Print übertragen bzw. abgebildet und dadurch die verschiedenen Alternativen deutlich gemacht. Auch bei den unzähligen Veranstaltungen, an denen ich in ganz Europa teilgenommen habe, war eine größere Beteiligung die Regel. Stellenweise nahm die vielbeschworene europäische Öffentlichkeit tatsächlich Gestalt an, etwa wenn auf europäischen Marktplätzen über TTIP, Migrationspolitik, Jugendarbeitslosigkeit und andere europäische Fragen engagiert gestritten wurde.

Während des Wahlkampfes reiste ich als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten durch ganz Europa und sprach mit einer Vielzahl an Europäern. Ich habe dabei an Haustüren im nordschwedischen Umea geklopft und mich mit Wählern auf den Straßen von Paris unterhalten. Ich habe mit Fischern in Brest an der Atlantikküste und mit entlassenen Fabrikarbeitern eines geschlossenen Schlachthofs in der Bretagne geredet. Ich saß an einem Tisch mit jungen Unternehmensgründern in Verona, Betriebsratsmitgliedern in Mainz und Wissenschaftlern in Bukarest. Ich bin mit Gewerkschaftlern durch die Straßen von Warschau und mit Parteiaktivisten durch Lissabon marschiert. Ich habe ebenso jungen Landwirten in Deutschland wie Anti-Armuts-Aktivisten in Madrid zugehört. Immer waren darunter Jung

und Alt, Menschen aus allen Bereichen des Lebens. Wo auch immer ich hinreiste, teilten die Menschen einen Teil ihres Lebens mit mir, und ich bin jedem einzelnen von ihnen dafür sehr dankbar. Ich habe Geschichten von Leid, aber auch voller Hoffnung gehört. All diese Geschichten haben mich tief berührt und gleichzeitig inspiriert, denn all diese verschiedenen Menschen haben eines gemeinsam: sie wollen ein anderes, besseres Europa.

Klar ist: Wir können und müssen bei den folgenden Europawahlen noch besser werden. Auch wenn es punktuelle Erfolge gegeben hat, haben wir nicht verhindern können, dass der Anteil der europaskeptischen und radikalen Parteien größer geworden ist. Und auch die Zerfallserscheinungen auf unserem Kontinent sind durch die Europawahl nicht gestoppt worden. Das hatte ich aber auch nie erwartet. Dafür ist die Krise, in der sich Europa befindet, zu ernst. Denn bei allen Debatten über Institutionen und Verfahren sollten wir nicht vergessen: Ebenso wenig wie in den Nationalstaaten geht es bei der notwendigen Stärkung der europäischen Demokratie um Verfahrensfragen. Die EU muss politisch liefern, wenn sie überzeugen und begeistern will: Das gilt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Sicherung der Pluralität im Rahmen der Digitalen Revolution, beim Schutz der Umwelt und der sozialen Standards, bei einer humanen Einwanderungspolitik und bei sichtbaren europäischen Ansätzen zur nachhaltigen Entschärfung internationaler Konflikte. All das geht nur europäisch. Bewältigen wir diese Aufgaben nicht, werden sich die Menschen von Europa abwenden. Damit verschwindet die europäische Demokratie, vielleicht sogar die Demokratie insgesamt. Meistern wir aber diese Herausforderungen, dann kann Europa das bleiben, was es in den Augen vieler Millionen Menschen längst ist: Der Ort der Demokratie, wo Menschen frei und selbstbestimmt leben können.

I
Einleitung

Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien und Nichtwähler

Michael Kaeding und Niko Switek

1 Einleitung¹

Vom 22. bis 25. Mai 2014 hatten rund 400 Millionen Bürger aus 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die Möglichkeit, mit ihrer Stimme die Zukunft der Union mitzuprägen. In 28 mehr oder weniger gleichzeitig stattfindenden nationalen Wahlen, bei denen jeder Mitgliedsstaat ein eigenes Sitzkontingent und ein eigenes Wahlgesetz hat, entschieden somit mehr Bürger als je zuvor über die 751 Vertreter im Europäischen Parlament. Sie wählten ein Europaparlament, das noch nie so viele Befugnisse wie im Wahljahr 2014 hatte.

Zudem fand der Vertrag von Lissabon bei dieser Europawahl erstmals Anwendung, den die europäischen Parteienfamilien in einer innovativen Weise interpretierten: Erstmals stellten sie Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten auf. Vor dem Hintergrund stetig sinkender Wahlbeteiligung und mehreren Krisenjahren sollten Personalisierung und Konfrontation bzw. Politisierung für einen Schub bei den Europawahlen sorgen: Man erhoffte sich mehr Relevanz, mehr Interesse, mehr Beteiligung.

Nach einem nur zögerlich anlaufenden, aber in vielerlei Hinsicht überraschend engagierten Europawahlkampf der Spitzenkandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten, kamen die Ergebnisse der Europawahl 2014 dann einem politischen Erdbeben gleich. Nicht nur machten wie schon 2009 wieder 57 Prozent der wahlberechtigten Europäer kein Gebrauch von ihrem Wahlrecht, sondern es gingen diesmal die politisch rechten und linken Ränder auf Kosten einer geschwächten

1 Einige der folgenden Ausführungen wurden bereits an anderer Stelle im Detail dargestellt: Kaeding (2013a, b; 2014a, b, c), Heidebrecht und Kaeding (2014), Kaeding und Gath (2014), Kaeding und Pieper (2014a,b).

Mitte gestärkt aus der Wahl hervor – mit machtpolitischen Konsequenzen für die zukünftige Funktionsweise des Europaparlaments.

2 Europawahl 2014 – eine Wahl der Extreme

In vielen Mitgliedsstaaten führte die Europawahl 2014 zu dramatischen politischen Verschiebungen. Auf der einen Seite stehen die großen Verluste der pro-europäischen *Europäischen Volkspartei* (EVP) und europakritischen Konservativen (ECR) sowie der Liberalen (ALDE), die in vielen Ländern direkt mit der Austeritätspolitik in Verbindung gebracht wurden. Auf der anderen Seite findet sich – wenn man die Reduzierung der Sitze im Europaparlament von 766 auf 751 berücksichtigt – nur eine relative Stabilisierung der europäischen Sozialdemokraten (S&D) und Grünen. Es waren somit vor allem die rechten und linken Ränder, die bei der Europawahl 2014 zulegen konnten.

2.1 Größere nationale Stimmenanteile an den rechten und linken Rändern

In Frankreich (Front National: 25 Prozent), dem Vereinigten Königreich (UKIP: 26,8 Prozent) und Dänemark (Dänische Volkspartei: 26,6 Prozent) wurden anti-europäische und rechtspopulistische Parteien mit Abstand stärkste politische Kraft. Aber auch in Österreich (FPÖ: 19,7 Prozent), Finnland (Finnenpartei: 12,9 Prozent), Schweden (Schwedendemokraten: 9,7 Prozent) und Polen (Kongress der Neuen Rechten: 7,1 Prozent) konnten mit einem Anti-EU-Wahlkampf am rechten Rand große Gewinne verbucht werden.

Festzuhalten ist, dass jene rechten Kräfte somit in denjenigen Ländern erfolgreich punkteten, die weniger schlimm von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen waren. Es handelt sich vielmehr um die ‚Geberländer‘. Stattdessen gewannen linksextreme bzw. radikale Kräfte in den Krisenländern, die unter dem Euro-Rettungsschirm die harten Sparauflagen der Troika erfüllen mussten, die Wahlen (Abb. 1). Das gilt beispielsweise für Griechenland (*Syriza*: 26,6 Prozent), Portugal (PCP+PEV: 12,7 Prozent), Spanien (IP+*Podemos*: 18 Prozent) und Irland (*Sinn Féin*: 17 Prozent). Hier stellen sie teilweise die stärksten politischen Kräfte im Land oder vereinen über ein Viertel der Stimmen auf sich. Auch Italien blieb mit dem relativen Erfolg der *Fünf-Sterne Bewegung* (21,2 Prozent) davon nicht verschont.

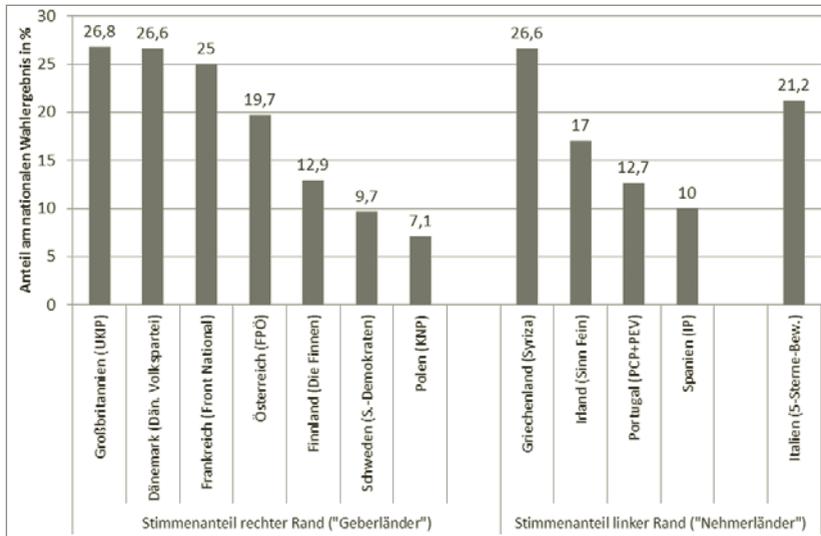


Abb. 1 Stimmenanteile am rechten und linken Rand

Quelle: Eigene Darstellung.

Zudem gelang es einigen offen rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Parteien mit neonazistischem Gedankengut, ihre Sitze zu behaupten (Ungarns *Jobbik*: 14,7 Prozent) oder neu ins Europaparlament einzuziehen (Griechenlands ‚*Goldene Morgenröte*‘: 9,4 Prozent; NPD 1 Prozent).

Trotz einer ‚Wiederwahl-Quote‘, die bei knapp 50 Prozent lag, erhielten die anti-demokratische gewaltbereite *Ataka* aus Bulgarien sowie die *British National Party* aus dem Vereinigten Königreich allerdings keinen Sitz. Die rechtspopulistische italienische *Lega Nord* (-4,1 Prozentpunkte), der *Vlaams Belang* (-5,7 Prozentpunkte) in Belgien und die niederländische PVV (-3,8 Prozentpunkte) mussten zum Teil deutliche Verluste hinnehmen. Auf der anderen Seite zeigen die Wahlerfolge Matteo Renzis in Italien und der links-liberalen D66 in den Niederlanden, dass auch in diesem schwierigen Umfeld mit einem pro-europäischen Wahlkampf bei Europawahlen Erfolge möglich sind. Doch auch hier ist zu erkennen, dass der *Partito Democratico* (PD) Renzis sich zwar *grundsätzlich* pro-europäisch gab, sich aber *inhaltlich* vor allem durch die Kritik an der europäischen Austeritätspolitik profilierte. Somit ist auch in diesem Fall ein gewichtiger Teil der Zugewinne auf die

Kritik an der EU zurückzuführen. Jedoch gelang es Renzi als einem der wenigen Regierungschefs diese EU-Kritik in einen pro-europäischen Kontext einzubetten.

2.2 Mitte-links bzw. Mitte-rechts-Koalitionsoptionen machtpolitisch Makulatur

Für die Europaparlamentsarbeit der achten Legislaturperiode (2014-2019) hat der Wahlausgang folgende Konsequenz: Zu Beginn wurden sieben Fraktionen gebildet, in denen 93 Prozent aller Europaabgeordneten (699 von 751) vereint sind. Die restlichen 52 Abgeordneten sind bis auf weiteres fraktionslos. Vor allem die politisch rechten und linken Fraktionen gehen auf Kosten einer geschwächten Mitte gestärkt aus der Wahl hervor – mit klaren machtpolitischen Konsequenzen.

Während zwischen 2009 und 2014 knapp 70 Prozent aller Entscheidungen von einer „(Super) Großen Koalition“ aus EVP und S&D (und ALDE) getroffen wurden, fielen die restlichen Parlamentsentscheidungen zu einem Großteil in einer so genannten „Mitte-links“ (15 Prozent) oder „Mitte-rechts-Koalition“ (15 Prozent) (Bertocini und Kreiling 2013 S. 17f; Hix 2013). Die beiden letztgenannten Koalitionsoptionen wird es so in der achten Legislaturperiode nicht mehr geben.

Die lange Zeit in Bereichen wie Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), oder aber auch bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) bewährte alternative Mitte-links-Koalition (S&D+ALDE+G/EFA+GUE/NGL) verliert in der achten Legislaturperiode an Bedeutung, da ihr Stimmenanteil von 49 Prozent (372 Sitze zwischen 2009-2014) auf aktuell 47 Prozent (356 von 751 Sitzen) schrumpft. Für eine absolute Mehrheit sind mindestens 376 von 751 (> 50 Prozent) nötig.

Für die Mitte-rechts-Koalition zwischen der EVP, der Fraktion der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* (ALDE) und der *Europäischen Konservativen und Reformisten* (EKR) sind die Konsequenzen der Europawahl 2014 noch dramatischer. Seit vielen Jahren eine bewährte Koalition im Bereich ‚Wirtschaft und Währung‘, oder aber auch ‚Beschäftigung und soziale Angelegenheiten‘, bringt sie es *rein rechnerisch* nur noch auf 48 Prozent der Sitze (im Vergleich zu 54 Prozent zwischen 2009 und 2014). Zudem gibt es *inhaltlich* aufgrund der neuen euro(pa)-kritischen Parteien innerhalb der EKR (Dänische Volkspartei, oder die deutsche *Alternative für Deutschland*, AfD), starke Vorbehalte auf Seiten der EVP, insbesondere innerhalb gewichtiger nationaler Delegationen, hinsichtlich einer möglichen Kooperation während der achten Legislaturperiode.

Machtpolitisch bedeutet dies, dass es in Zukunft weniger Koalitionen gibt, die die nötigen Stimmen für eine absolute Mehrheit (376 von 751 Stimmen) im

Parlament garantieren können. Sowohl Mitte-links bzw. Mitte-rechts-Koalitionsoptionen sind für die achte Legislaturperiode machtpolitisch Makulatur. Damit wird die Bedeutung der ‚Großen Koalition‘ zwischen EVP und S&D gestärkt, die 54 Prozent aller Sitze auf sich vereinen. Beide Fraktionen haben keine wirklichen Alternativen (mehr), als in den kommenden fünf Jahren bei allen wesentlichen Entscheidungen zusammenzuarbeiten. Die Anhörungen der neuen Kommission im Parlament im Herbst 2014 gaben diesbezüglich einen ersten Vorgeschmack. Damit wird unter anderem der Einfluss großer nationaler Delegationen innerhalb der EVP und der S&D steigen, da für eine absolute Mehrheit (376 Stimmen) ein kohärentes Abstimmungsverhalten vonnöten sein wird, das in der Vergangenheit allerdings nicht (immer) garantiert war (Hix et al. 2009). Auch aus dem Grund hat der Wahlausgang in Deutschland eine besondere europapolitische Bedeutung.

3 Europawahl 2014 in Deutschland: AfD und Schulz-Effekt

In Deutschland wird die Europawahl 2014 im Gedächtnis bleiben als der Tag, an dem endgültig mit dem liberalen Konsens in der Europapolitik (Lindberg und Scheingold 1970) gebrochen wurde – ein Prozess, der in anderen europäischen Ländern bereits in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm. Es hat sich gezeigt, dass eine Partei mit europaskeptischen Tönen Wahlkampf machen und damit erfolgreich sein kann. Die *Alternative für Deutschland* (AfD) gewann mit sieben Prozent sieben Sitze und wurde fünftstärkste Kraft in Deutschland; (deutlich) hinter den Grünen und nur knapp hinter der Linkspartei (Abb. 2).

Ein weiterer Gewinner waren die deutschen Sozialdemokraten. Sie konnten sich nicht nur im Vergleich zur letzten Europawahl deutlich verbessern (+6,5 Prozentpunkte), sondern im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl im September 2013 als kleiner Partner in der Großen Koalition zwei Prozentpunkte zulegen. Damit steigt ihr Gewicht in der S&D-Fraktion auf 14 Prozent. Allerdings ist dieser Gewinn machtpolitisch nur von untergeordneter Bedeutung, da die italienischen Sozialdemokraten (PD) so viele Sitze hinzugewannen, dass sie nun die größte Delegation innerhalb der S&D-Fraktion stellen.

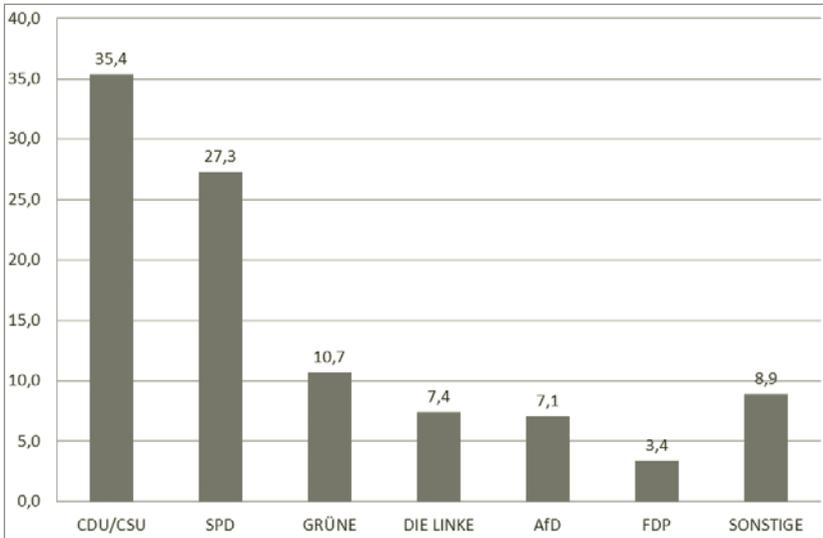


Abb. 2 Ergebnis der Europawahl 2014 in Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Bundeswahlleiter 2014.

Der Zugewinn der *SPD* ist zu einem großen Teil auf ihren deutschen und zugleich europäischen Spitzenkandidaten zurückzuführen („Schulz-Effekt“). Generell gilt, dass die Spitzenkandidaten vor allem in ihren Heimatländern punkten konnten: In Luxemburg gab es einen ‚Juncker-Effekt‘; in Flandern einen ‚Verhofstadt-Effekt‘; in Griechenland den ‚Tsipras-Effekt‘.

Die Grünen konnten bei der Europawahl 2014 mit ihrem klar pro-europäischen Profil ihre Position im Vergleich zu 2009 als drittstärkste Kraft im deutschen Parteiengefüge bewahren. Im Hinblick auf die absolute Stimmenzahl gelang es ihnen, die gleiche Zahl an Wählern zu mobilisieren; prozentual mussten sie leichte Verluste hinnehmen, konnten aber mit 26 Prozent ihr Gewicht in der Grünen-Fraktion stabilisieren. Machtpolitisch gewannen sie innerhalb der Fraktion an Einfluss, weil die zuvor ebenfalls stark vertretenen französischen Grünen deutlich an Mandaten verloren und die deutschen Grünen nun die mit Abstand größte Delegation stellen. *Die Linke* bleibt in etwa auf dem gleichen Stand wie 2009, sie konnte nicht von der Welle der europakritischen Linkspopulisten in einigen Ländern profitieren. Aufgrund der Zugewinne vieler linker Parteien (vor allem in den Krisenstaaten) verlor sie dadurch an Einfluss innerhalb der Fraktion.

3.1 Die deutschen Verlierer der Europawahl 2014

Eher auf der Verliererseite lassen sich die Unionsparteien platzieren. Das Ergebnis der CDU veränderte sich zwar kaum gegenüber der letzten Europawahl. Sie büßte aber gegenüber der letzten Bundestagswahl rund vier Prozentpunkte ein. Doch es war vor allem die CSU, die wegen ihres europaskeptischen Wahlkampfes ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei Europawahlen einfahren musste (-1,9 Prozentpunkte im Bund; -7,6 Punkte in Bayern; Abb. 3). Die Union konnte trotzdem ihre Bedeutung in der EVP-Fraktion mit 15 Prozent weiter ausbauen. Ein Grund hierfür ist in einer europaweiten Entwicklung zu sehen: In vielen Ländern, wie Spanien, Frankreich, Portugal und Italien, verloren die Parteien der EVP stark. Sie wurden mit der – häufig kritisch konnotierten – Austeritätspolitik in Verbindung gebracht.

Die FDP konnte sich nicht von ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl erholen, und schrumpfte von zwölf auf drei Abgeordnete, was die deutsche Delegation der Liberalen im Europaparlament bedeutend schwächen wird. Ihr Gewicht innerhalb der liberalen ALDE-Fraktion verringert sich von rund 15 auf 5 Prozent.

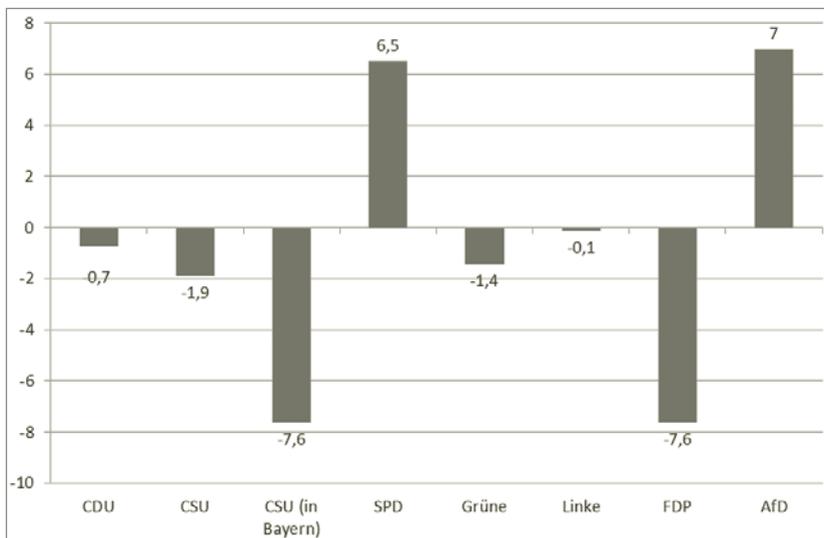


Abb. 3 Europawahl 2014 in Deutschland: Gewinne und Verluste (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Bundeswahlleiter 2014.

3.2 Kein Zugewinn für deutsche Splitterparteien trotz Bundesverfassungsgerichtsurteil

Aufgrund der geänderten deutschen Rechtslage sitzt neben *Freien Wählern*, *Piraten*, *Tierschutz-*, *Familienpartei*, *ÖDP* und *Die PARTEI*, das erste Mal seit 1994 wieder ein deutscher Europa-Abgeordneter einer rechtsextremen Partei (NPD) im Europaparlament.

Trotz des Einzugs der sieben neuen Vertreter in das Europaparlament können die kleineren Parteien nicht als Gewinner dieser Europawahl gelten. Es gelang ihnen nicht, neue Wähler zu mobilisieren, obwohl kleinere Parteien bei Nebenwahlen wie der Europawahl in der Regel besser abschneiden. Die Wahlforschung nimmt an, dass Wähler aufgrund der als niedriger eingestuften Bedeutung mehr „mit ihrem Herzen wählen und weniger strategisch entscheiden“ (Marsh 1998, S. 593f). Zugleich hatten sich die Kleinstparteien vom Wegfall der Sperrklausel einen Unterstützungsschub erhofft, da Wähler nicht fürchten mussten, dass ihre Stimme möglicherweise nicht zählen würden.

Es zeigt sich dennoch ein gegenteiliger Effekt (Tab. 1): Schaut man sich die deutschen Kleinstparteien an, die 2009 und 2014 zur Wahl antraten, ist trotz steigender Wahlbeteiligung in absoluten Stimmen nur ein minimales Plus von rund 24.000 Stimmen zu sehen (bei 29,3 Mio gültigen Stimmen, nur 0,08 Prozent). Bei den relativen Stimmen steht sogar ein Minus von einem Prozentpunkt gegenüber 2009. Betrachtet man die Stimmenzahl, die bei beiden Wahlen insgesamt für Kleinstparteien abgegeben wurden, sind sogar rund 230.000 Stimmen (absolut) bzw. zwei Prozent (relativ) verloren gegangen.

Tabelle 1 Veränderung der Stimmenzahl der deutschen Kleinstparteien

Stimmenzahl alle Kleinstparteien 2014	Stimmenzahl Kleinstparteien 2009	Verluste aller Kleinstparteien	Relative Verluste
2.608.730	2.840.893	-232.163	-2%
Stimmenzahl 2014 wieder angetretener Kleinstparteien in 2014	Stimmenzahl 2014 wieder angetretener Kleinstparteien in 2009	Gewinne aller Kleinstparteien	Relative Verluste
2.026.778	2.050.455	+23.677	-1%

Quelle: Bundeswahlleiter 2014 (als Kleinstparteien zählen alle nicht im Bundestag vertretenen Parteien außer AfD und FDP)

4 Die Wahlbeteiligung: Minimalziel knapp verfehlt

Europaweit wurde bei der Wahlbeteiligung das Minimalziel klar verfehlt. Die Wahlbeteiligung aller 28 Mitgliedsstaaten fiel weiter und erreichte mit 42,54 Prozent einen neuen historischen Tiefpunkt (Tab. 2). Über 57 Prozent der wahlberechtigten Europäer machten 2014 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch.

Tabelle 2 Wahlbeteiligungen bei Europawahlen

Jahr	1974	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Wahlbeteiligung (%)	61,99	58,98	58,41	56,67	49,51	45,47	43	42,54

Quelle: Europäisches Parlament 2014.

Die Wahlbeteiligung hat sich in Deutschland zwar mit 48,1 Prozent erholt (+4,8 Prozentpunkte). Das lag zum Teil am deutschen Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten, darüber hinaus aber auch an den Kommunalwahlen, die in bevölkerungsstarken Regionen teilweise erstmals (z. B. NRW) zeitgleich mit der Europawahl stattfanden. Die Slowakei brach bei dieser Europawahl stattdessen einen traurigen Rekord: 87 Prozent der Wahlberechtigten gingen hier nicht zur Wahl (Tab. 3).

Tabelle 3 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 und 2014

Mitgliedstaat	Wahlbeteiligung (in Prozent) Europawahl 2014	Veränderung (in Prozentpunkte) zu 2009
Belgien	89,64	-0,75
Bulgarien	35,84	-3,15
Dänemark	56,30	-3,24
Deutschland	48,10	4,83
Estland	36,52	-7,38
Finnland	39,10	0,50
Frankreich	42,43	1,80
Griechenland	59,97	7,36
Irland	52,44	-6,20
Italien	57,22	-7,83
Kroatien	25,24	-
Lettland	30,24	-23,46

Mitgliedstaat	Wahlbeteiligung (in Prozent) Europawahl 2014	Veränderung (in Prozentpunkte) zu 2009
Litauen	47,35	26,37
Luxemburg	85,55	-5,21
Malta	74,80	-3,99
Niederlande	37,32	0,57
Österreich	45,39	-0,58
Polen	23,83	-0,70
Portugal	33,67	-3,10
Rumänien	32,44	4,77
Schweden	51,07	5,54
Slowakei	13,05	-6,59
Slowenien	24,55	-3,82
Spanien	43,81	-1,06
Tschechische Republik	18,20	-10,02
Ungarn	28,97	-7,34
Vereinigtes Königreich	35,60	0,90
Zypern	43,97	-15,43

Quelle: Europäisches Parlament 2014.

4.1 Nichtwähler zählen aber doch auch ...

Durch die niedrige Wahlbeteiligung erscheinen die Europawahlergebnisse wiederum in einem anderen Licht. Zum einen zählen die einzelnen Stimmen, die in Ländern mit hoher Wahlbeteiligung abgegeben werden, weniger als die Stimmen in Ländern, in denen nur wenige Wähler an die Urnen gingen. Der Grund hierfür sind die festen Sitzkontingente pro Mitgliedsstaat. Hinzu kommt auch, dass sich der Blick auf die Wahlergebnisse verändert, wenn man sie an der Zahl der Wahlberechtigten misst (Abb. 4).

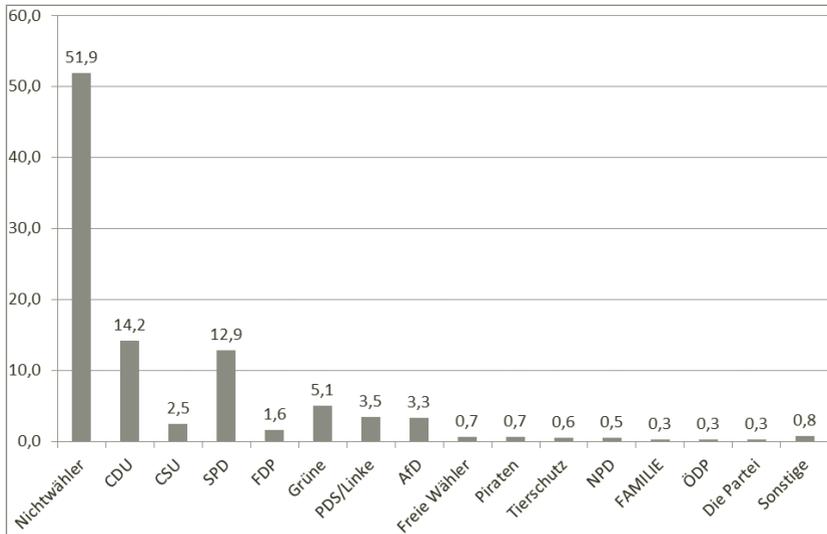


Abb. 4 Europawahl 2014 in Deutschland unter Berücksichtigung aller Wahlberechtigten (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Bundeswahlleiter 2014.

Die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD vereinen *zusammen* nicht einmal jede dritte Stimme auf sich. Außerdem relativiert sich der Wahlerfolg der AfD. Sie wurde letzten Endes von nur 3,3 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt. Gleichzeitig zogen Parteien ins Europaparlament ein, die von weniger als 0,3 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt wurden (z. B. *Die PARTEI*).

Hinzu kommt ein äußerst schwerwiegender Aspekt: Unabhängig davon, dass eine niedrige Wahlbeteiligung mangelndes Vertrauen ausdrückt und Legitimitätsprobleme andeutet, führt eine derart niedrige Wahlbeteiligung auch zu Disproportionseffekten. Die Wahlbeteiligungsforschung zeigt, dass die Nichtteilnahme vieler Wähler eine soziale Schieflage verstärkt, da Menschen aus den unteren sozialen Schichten deutlich überproportional nicht zur Wahl gehen (Merkel und Petring 2011). Da die Bürger aus der Mittel- und Oberschicht ihr Wahlrecht weitaus häufiger nutzen und zugleich über größere Ressourcen, Kommunikations- und Organisationsfähigkeit verfügen, sind sie besser in der Lage, Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Entsprechend reagiert das politische System darauf, in dem es die Interessen der oberen Bevölkerungsschichten häufiger thematisiert und ihnen mit

ihren Politikentwürfen stärker entgegenkommt; d. h. der Medianwähler verschiebt sich (Lutz und Marsh 2007). Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Frage, wie ein Europaparlament zusammengesetzt wäre, das tatsächlich vom ganzen (wahlberechtigten) Volk gewählt worden wäre. Folgt man diesem Gedanken weiter, könnte man die Legitimität der Entscheidungen der europäischen Volksvertretung (und vieler anderer Parlamente) kritisch hinterfragen. Können diese unter diesen Bedingungen tatsächlich als Wille des ‚Volkes‘ angesehen werden?

Als wirksamste Mittel zur Lösung dieses schwerwiegenden demokratischen Problems haben sich in der Wahlbeteiligungsforschung institutionelle Verbesserungen hervor getan, wie zum Beispiel leichtere Zugänge zur Wahl (z. B. Wahlen über mehrere Tage, leichtere Registrierung, Briefwahl) und klare Konsequenzen der Wahl auf die Regierungsbildung (Franklin 1999). Das undurchsichtige System von 28 verschiedenen nationalen Wahlsystemen und die unklare Bedeutung des Wahlausgangs für die neue Kommission bieten ein großes Potential, um durch institutionelle Verbesserungen die Wahlbeteiligung deutlich zu steigern. Dass das Europaparlament mit Jean-Claude Juncker den siegreichen Spitzenkandidaten der Europawahl als Kommissionspräsidenten durchsetzen konnte, darf daher nur als ein Anfang gesehen werden.

Die Wahlbeteiligungsforschung zeigt jedoch auch, dass das Problem der sozialen Schieflage der Wahlbeteiligung vor allem durch die Einführung der gesetzlichen Wahlpflicht wesentlich bekämpft werden kann. Beispielsweise lassen die extrem hohen Beteiligungsraten in den Mitgliedsstaaten mit (strikt umgesetzter) gesetzlicher Wahlpflicht wie Belgien und Luxemburg kaum Raum für eine soziale Schieflage (Bennett 2005). Die konstant niedrige Wahlbeteiligung (auch bei anderen Wahlen) in den meisten Mitgliedsstaaten könnte somit Anlass sein, diese gesellschaftliche Diskussion zu führen.

5 Unser Band

Diese Anmerkungen werfen ein erstes Schlaglicht auf die Europawahl 2014 und machen zugleich deutlich, welche zahlreichen Fragen die Wahl aufwirft – nicht nur aufgrund der augenscheinlichen Neuerungen. Der vorliegende Band leistet einen Beitrag dazu, die unterschiedlichen Aspekte und Fragestellungen wissenschaftlich aufzuarbeiten und einzuordnen. Dabei decken die Beiträge Fragestellungen aus den Bereichen EP-Wahl und nationale Wahlsysteme, Europäische Parteienfamilien und nationale Parteiensysteme, Wahlkampf und -kampagnen, Regieren im politischen System der EU und dem Blick von Außen ab. Dabei wird eine methodische

Vielfalt angewendet. Gleichzeitig war es uns ein Anliegen, über Analysen der Europaforschung hinaus Perspektiven auf die Europawahl aus unterschiedlichen Subdisziplinen der (vergleichenden) Politikwissenschaft, wie der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- oder Regierungsforschung aufzunehmen. Ein großer Dank geht an die Autorinnen und Autoren, ohne deren Beiträge und Engagement es den Band nicht geben würde.²

Literatur

- Bennett S (2005) Compulsory voting in Australian national elections. Parliament of Australia, Canberra
- Bertoncini Y, Kreilinger V (2014) What Political Balance of Power in the next European Parliament? Notre Europe Policy Paper 102. <http://www.notre-europe.eu/media/balanceofpowerep2014bertoncinkreilingerne-jdinov2013.pdf>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Bundeswahlleiter (2014) Wahl zum 8. Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Europaparlament (2014) Results of the 2014 European elections. <http://www.results-elections2014.eu/en/election-results-2014.html>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Franklin M (1999) Electoral Engineering and Cross-National Turnout Differences: What Role for Compulsory Voting? *British Journal of Political Science* 29:205-216. doi:10.1017/S0007123499210095
- Heidebrecht S, Kaeding M (2014) Nach der Europawahl 2014: Neue Machtkonstellationen im Europaparlament und seinen Ausschüssen. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/nach-der-europawahl-2014-neue-machtkonstellationen-im-europaparlament-und-seinen-ausschuessen/>. Zugegriffen: 21. Oktober 2014
- Hix S (2013) Why the 2014 European Elections Matter: Ten Key Votes in the 2009–2013 European Parliament. *European Policy Analysis* 15:1-15

2 Wir danken der Duisburger Universitäts-Gesellschaft, der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, der NRW School of Governance und dem Jean Monnet Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen für die finanzielle Unterstützung, mit der viele der Texte auf einer Autorenkonferenz in Duisburg intensiv diskutiert werden konnten. Unser Sammelband erscheint im Springer VS Verlag, dessen Cheflektor Politik – Jan Treibel – uns dankenswerter Weise während des ganzen Prozesses konstruktiv und kompetent beraten und unterstützt hat. Schließlich gilt unser Dank vor allem Felix Schenuit und Jan Dinter für ihre kompetente redaktionelle Arbeit in Kooperation mit Stefan Haußner und Morten Pieper, die beim Durchsehen, Kommentieren und Ergänzen behilflich waren. Zudem konnten wir während des Projekts auf die hilfreiche Unterstützung von Steffen Bender, Christian Kröll und Susanne Steitz zählen.

- Hix S, Noury A, Gérard R (2009) Voting patterns and alliance formation in the European Parliament. *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 364:821-831
- Kaeding M (2013a) « Alternative für Deutschland » und « Plan B »: Die Europäisierung der Protestwähler. Konsequenzen für die Europa-Wahl 2014. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/alternative-fuer-deutschland-und-plan-b-die-europaesierung-der-protestwaehler/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2013b) Drei-Prozent-Sperrklausel bei der Europawahl: Viel Lärm um Nichts. Die wahre Debatte geht um ein einheitliches europäisches Wahlrecht. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/drei-prozent-sperrklausel-bei-der-europawahl-viel-laerm-um-nichts-die-wahre-debatte-geht-um-ein-einheitliches-europaesches-wahlrecht/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2014a) Quasi-präsidentiell? Ein erbitterter Machtkampf zweier Lager nach der Europawahl entscheidet über die unmittelbare Zukunft Europas. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/quasi-praesidentiell-ein-erbitterter-machtkampf-zweier-lager-nach-der-europawahl-entscheidet-ueber-die-unmittelbare-zukunft-europas/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2014b) Missglückter Start in den Europawahlkampf 2014: Personen und Inhalte statt Gretchenfrage. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/missglueckter-start-in-den-europawahlkampf-2014-personen-und-inhalte-statt-gretchenfrage/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2014c) Die europäischen Bürger haben gesprochen. Bundeszentrale für politischen Bildung, Bonn
- Kaeding M, Gath M (2014) Die Europawahl 2014: Die verflixte achte Nebenwahl. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/die-europawahl-2014-die-verflixte-achte-nebenwahl/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M, Pieper M (2014) Europawahlrecht und die Drei-Prozent-Hürde: Nationale Orthodoxie oder europäischer Pragmatismus? *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/europawahlrecht-und-die-drei-prozent-huerde-nationale-orthodoxie-oder-europaescher-pragmatismus/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M, Pieper M (2014b) Europawahl 2014 in NRW. Landeszentrale für politische Bildung. <http://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/e-books/ebook-europawahl2014innrw.pdf>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Lindberg L, Scheingold S (1970) *Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*. Harvard University Press, Cambridge
- Lutz G, Marsh M (2007) Introduction: Consequences of low turnout. *Electoral Studies*. doi:10.1016/j.electstud.2006.10.001
- Marsh M (1998) Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections. *British Journal of Political Science* 28(4):591-607
- Merkel W, Petring A (2011) *Partizipation und Inklusion*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

II

Wahlkampf und Wahlkampagnen

Die Europawahl 2014 als *second-order election*

Ein Blick in alle 28 EU-Staaten

Hendrik Träger

Kurzzusammenfassung

Den Wahlen zum Europäischen Parlament wird seit jeher eine geringere Bedeutung als den Abstimmungen über die Zusammensetzung der nationalen Parlamente attestiert. Bereits mit Blick auf die erste Direktwahl 1979 entwickelten Reif und Schmitt den *second-order election*-Ansatz. Demnach seien die Nebenwahlen durch (1) eine niedrigere Beteiligung, (2) einen höheren Anteil ungültiger Stimmen, (3) Verluste für die nationalen Regierungsparteien sowie (4) bessere Chancen für kleine und neue Parteien als bei den Hauptwahlen geprägt. Diese Parameter werden im vorliegenden Beitrag für alle 28 EU-Mitgliedstaaten untersucht, um zum einen zu analysieren, ob auch dieses Mal die Europäerinnen und Europäer die Wahl zum Europäischen Parlament nur als zweitrangig betrachtet haben, sowie um zum anderen Gemeinsamkeiten und regionale Unterschiede herauszuarbeiten.

Schlagworte

second-order election, Nebenwahlthese, Wahlbeteiligung, Denkmittelwahlen, Protestwahl, Europawahl 2014

1 Einleitung: der *second-order election*-Ansatz

„Für 87 Prozent der slowakischen Wahlberechtigten war die unter riesigem Aufwand umworbene Wahl zum Europaparlament nicht wichtig genug, um dafür eine halbe Stunde ihres Sonntages zu opfern“ (Kálnoky et al. 2014, S. 8). An der mit 13 Prozent niedrigsten Beteiligungsquote bei der Europawahl 2014 wird das geringe Interesse